

Ergebnisprotokoll
der 39. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie vom 04.12.2014

Beginn: 15.25 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat
Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion
Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion
Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmann

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke
Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Windeler
Herr Eickhoff
Herr Viering
Frau Kamp
Herr Polzin
Frau Urban
Herr Dr. Kumpfer
Herr Thiemann
Herr Lecke-Lopatta
Herr Schobeß
Herr Krämer
Herr Dr. Lampe
Herr Kurz
Frau Brinkmann
Herr Donaubauer
Herr Kristen

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

BBN
Senatskanzlei

III Gäste

Herr Oertel
Herr Blanke
Frau Köstner
Herr Frerichs

Naturschutzbeirat
Beiratssprecher Huchting
OAL Horn-Lehe
OAL Strom

IV Gastdeputierte

Frau Metschies
Frau Dr. Schierenbeck
Herr Hipp

SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
CDU-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 39. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

| | | |
|-------|-------------------------------------|--|
| TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung | |
|-------|-------------------------------------|--|

Zu **TOP 3** „Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Bremen“ liegen eine Ergänzung sowie ein Schreiben des Beirates als **Tischvorlage** aus.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

| | | |
|-------|---|-----|
| TOP 2 | Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02- | L/S |
|-------|---|-----|

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

| | | |
|-------|--|-------------------|
| TOP 3 | Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Bremen Bericht der Deputation -7- | Vorlage 18/457 |
|-------|--|-------------------|

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass das erste Mal seit 1983 ein Flächennutzungsplan verabschiedet werden solle. Begonnen habe es in der letzten Legislaturperiode mit dem Prozess zum Leitbild Bremen! Lebenswert – urban - vernetzt. Mehrere tausend Bürgerinnen und Bürger, über hundert Verbände, nahezu alle Nachbargemeinden und zahlreiche Behörden hätten sich äußerst engagiert in diesen Prozess der Arbeit an einem neuen Flächennutzungsplan eingebracht. Es finde ein Paradigmenwechsel statt in der Art und Weise, wie Stadtentwicklung verstanden werde. 1983 sei im Geiste der Charta von Athen die Stadt planerisch in funktionell unterschiedliche Einheiten unterteilt worden. Man habe versucht, Wohnen, Arbeiten und Industrie möglichst funktional voneinander zu trennen. Man habe damit zwar eine Reihe von Problemen gelöst, aber auch neue Probleme geschaffen, z. B. die autogerechte Stadt, die sich in Bremen in Straßen wie beispielsweise der Kurfürstenallee abbilde. Man habe inzwischen davon Abkehr genommen und versuche Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammen zu bringen, allerdings unter Vermeidung der Störungen, die sich früher ergeben haben. Mit dem neuen Flächennutzungsplan wolle man von der funktional getrennten, separierten Stadt wieder zu integrierten Nutzungen kommen. Der Flächennutzungsplan habe die Aufgabe, die unterschiedlichen Nutzungen wie Wohnen, Verkehr, Industrie und Gewerbe zu organisieren. Dieser Flächennutzungsplan habe auch das Ziel mit der Innenentwicklung die Versiegelung im Außenbereich zu stoppen und gleichzeitig die Grünqualitäten zu erhalten, die Bremen lebenswert machen. Neu sei auch, dass unter linearer Infrastruktur, neben Straßen, Schienen und Versorgungssträngen auch Grünverbindungen mit aufgenommen wurden. Mit der neuen Kennzeichnung, der Grünschräffur, solle dort, wo sich die bebaute Stadt weiter entwickeln könnte, gleichzeitig auf das vorhandene Grün besondere Rücksicht genommen werden. Die Tatsache, von der Charta von Athen wegzugehen, führe in einzelnen Bereichen zu Zielkonflikten, nämlich dort, wo Menschen von den Einzeloptimierungen in ihrem Wohnbereich profitieren. Es sei die Aufgabe der Politik hier das Gesamtinteresse abzuwägen.

Herr Pohlmann berichtet, dass eine Reihe von Anschreiben bei den Fraktionen eingegangen seien, auch Aufforderungen, den Flächennutzungsplan auszusetzen oder abzulehnen. Bremen sei eine gemütliche Stadt, werde dort begründet. Bremen sei auch eine schöne Stadt und es gehe vielen Menschen gut. Leitlinie der Stadtentwicklungspolitik der Koalition sei eine soziale Stadtentwicklung. Viele Menschen in unserer Stadt hätten es nicht gemütlich und schön, weil sie keine Wohnung haben. Dies seien Studierende, Menschen, die wohnungslos seien, oder die aus ihren angestammten Quartieren heraus müssten. Die Quote von 25 % sozial gefördertem Wohnungsbau sei ein Meilenstein, der durchgesetzt wurde und der auch umgesetzt werde. Bremen sei eine Stadt in der Metropolregion mit den entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen einer Stadt. Viele Menschen würden heute wieder in die Stadt zurück wollen. Gerade unter diesem Gesichtspunkt spreche vieles dafür, im Wohnungsbau, aber auch im Bereich Gewerbeansiedlung voran zu kommen. Er erwarte mit Spannung das GEWOS- Gutachten, das wissenschaftlich untersuche, welche Bevölkerungsentwicklung in der Stadt zu erwarten sei. Es sei richtig, diesen Prozess heute mit einem Beschluss abzuschließen. Einzelne konkrete Details könnten noch gesondert diskutiert werden. Die SPD stehe für eine wachsende Stadt. Ein qualitatives Wachstum, mehr Arbeitsplätze, mehr Wohnraum, aber auch mehr Menschen in dieser Stadt, seien die Voraussetzungen dafür, auch die Einnahmen zu generieren.

Frau Prof. Dr. Reuther führt aus, dass der Flächennutzungsplan ein Plan nach dem Baugesetzbuch sei, worin für die gesamte Stadt die Art der Nutzung im Sinne eines vorbereitenden Bebauungsplanes dargestellt werde. Die Ziele der Stadt Bremen haben in diesen Plan Eingang gefunden. Dazu gehören die Fragen der sozialen Entwicklung, des Bevölkerungswachstums, die sozialen Herausforderungen des Zusammenhalts, der wirtschaftliche Strukturwandel und es gehöre gleichzeitig dazu, Natur, Landschaft und Erholungsräume mit den anderen Themen in Übereinstimmung zu bringen. Hinzu komme, dass sich die Stadt auf die bereits erlebbaren Folgen des Klimawandels einstellen müsse. Das Baugesetzbuch fordere in § 1 eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt. Deswegen gehe es um Innenentwicklung. In dieses Planwerk seien auch sehr viele Fachplanwerke und Fachkonzepte eingeflossen. Dazu gehören das Leitbild, der Verkehrsentwicklungsplan, das Landschaftsprogramm, die Wohnungsbaukonzeption, die Klimafragen, das Zentrenkonzept und auch das Gewerbeentwicklungsprogramm. Denn Bremen wachse, gewinne an Einwohnern, die hier wohnen, aber auch Arbeit finden wollen. In diesen Plan seien neue Ideen eingeflossen, wie die Grünschraffung, wie Überlegungen, gemischte Nutzungen auch im Sinne von Verträglichkeit von Arbeiten und Wohnen einzubringen, aber auch Prüfbereiche, wo die Entwicklung noch eine neue Perspektive brauche. Alle Flächen, die vom Bündnis für Wohnen für Wohnbebauung diskutiert wurden, seien hier im Sinne einer vorbereitenden Bauleitplanung gesichert und integriert worden. Neben der Grünschraffung wurden für die Innenentwicklung auch andere Themen aufgegriffen wie die Umwandlung von Gewerbeflächen in gemischte Bauflächen. Auch die Aussagen zum Einzelhandel waren eine ganz zentrale Frage, aber auch die Ausweisung von Entwicklungsflächen für Industrie. Es hätten sich sehr viele Menschen beteiligt. Im Begründungstext sei der Vorschlag hinterlegt, in verschiedenen Schwerpunkträumen der Stadtentwicklung Folgeprozesse unter Mitwirkung aller, die dort wohnen und arbeiten, anzusetzen.

Herr Werner berichtet, dass Menschen an Bremen auch schätzen, dass es eine sehr soziale und faire Stadt sei und dass eine integrierte Stadtentwicklung gemacht werde, die bundesweit Beachtung finde. Der Flächennutzungsplan sei deutlich differenzierter als früher und dadurch schwieriger zu kommunizieren. Bremen müsse grün bleiben, damit der Grund, warum Menschen in diese Stadt ziehen würden, nämlich weil sie schön, gemütlich und grün sei, auch erhalten bleibe.

Herr Arndt hätte sich gewünscht, dass über die Hemelinger Hafengebiete eine Schraffur gelegt worden wäre. Es werde zwar in der Stellungnahme zu den Hemelinger Wünschen gesagt dass dort ein Nachfolgeprozess entstehen solle, aber in der Begründung werde das Hafengebiet zusammen mit dem Industriegebiet Holzhafen als zu vitalisieren, auszubauen und weiter zu erhalten aufgeführt. Mit dem Ausbau der Abschnitte 3,4,5 des Gewerbegebiets Hansalinie seien die Hemelinger Bürgerinnen und Bürger nicht einverstanden. Bevor Wohngebiete in der

Osterholzer Feldmark ausgewiesen würden, sollte man abwarten, bis das Baugebiet auf der östlichen Seite des Ehlersdamm vollständig bebaut sei. Wenngleich die Seegrundstücke in der Marcusallee herausgenommen werden, gebe es weitere Punkte, wie die Ausweisung von Wohngebieten auf Grünflächen in Aumund- Hammersbeck und Knoop's Park und Ausgleichsflächen im Bremer Westen im Kleingartengebiet, so dass er diesem Plan nicht zustimmen könne.

Herr Imhoff stellt klar, dass der Flächennutzungsplan das Instrument sei, wie zukünftig die Stadt aussehen solle. Man könne Kritik nicht mit dem Hinweis abtun, dass man hinterher immer noch etwas ändern könne. Das Landschaftsprogramm und der Flächennutzungsplan seien bisher immer gemeinsam behandelt und nach außen immer als eine in sich greifende Einheit vermittelt worden. Es sei nicht in Ordnung, beide Pläne heute in der Deputation zu entkoppeln. Rein auf Innenverdichtung zu setzen, sei verkehrt und mit dieser Strategie seien die für die Zukunft geplanten Wohneinheiten in Bremen nicht hinzubekommen. Das Segment des Einfamilienhausbaus werde mittlerweile ganz weggelassen. Mit der reinen Innenverdichtung würde man in Zukunft Probleme damit haben, in der Stadt das Klima zu halten. Er sähe nicht, dass der Flächenverbrauch gestoppt werde, weil Flächen aus der Nutzung herausgenommen werden würden. Wenn man das Landschaftsprogramm und den Flächennutzungsplan als Einheit betrachte, dann sei es auch Flächenfraß Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen. Mit den ruhigen Gebieten in den Gewerbegebieten werde man zukünftig Probleme bekommen. Ein weiterer Fehler sei, dass Naturschutzmaßnahmen auf privaten Flächen einfach eingezeichnet würden. Gleiches gelte für verschiedene Grünverbindungen. Diese wurden nicht mit den Beiräten abgesprochen, viele Anregungen der Beiräte, insbesondere zu Wegeverbindungen, z. T auch bereits seit Jahren vorgetragen, wurden nicht berücksichtigt. Das Baugebiet Brokhuchting sei nun ein weißer Fleck auf der Karte. Seine Fraktion hätte gerne gesehen, dass dort im Einfamilienhaussegment eine Bebauung möglich sei. Die Grünschraffung werde hauptsächlich auf Wohngebiete gelegt und beschrieben mit „zu sichernde Grünfunktion in Baugebieten mit besonderen Planungserfordernissen und Erhalt des Landschaftsbildes“. Es sei niemals vernünftig definiert worden, wie dies zu handhaben sei. Er befürchte, willkürliche Entscheidungen. Das sei Bauverhinderungspolitik. Der Flächennutzungsplan sei in der Gänze überhaupt nicht stimmig und eine Fehlentwicklung für unser Land. Deswegen werde seine Fraktion den Flächennutzungsplan ablehnen.

Frau Dr. Schaefer führt aus, dass die große Herausforderung als wachsende Stadt in der Abwägung zwischen Bebauung und Grünflächenerhalt bestehe. Grünflächen hätten einen ökologischen Wert, einen Naherholungswert, böten einen Standortvorteil und dienten auch der Lebens- und Wohnqualität. Aus der wfb- Studie gehe hervor, dass Grünflächen für die Bremerinnen und Bremer in den letzten drei Jahren signifikant an Bedeutung und Identifikation gewonnen hätten. Grünflächen im Stadtteil seien wichtig für Bremerinnen und Bremer. Daher hätte auch sie es gut gefunden, wenn man heute das Landschaftsprogramm und den Flächennutzungsplan zusammen beschlossen hätte. Nötig sei ein sensibler Umgang mit den Flächen. Die Binnendüne zum Beispiel sei ehemals Landschaftsschutzgebiet gewesen und es wäre auch gut, wenn es wieder Landschaftsschutzgebiet werden sollte. Es bestehe kein Bedarf für eine Bebauung. Die Fläche Billungstraße hingegen sei ein ehemaliger Betriebshof des UBB, größtenteils versiegelte Fläche und nicht Parkfläche. In der Summe werde mit diesem neuen Flächennutzungsplan mehr Fläche entsiegelt als versiegelt. Wenn eine Grünfläche aus einer landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen werde, verstehe sie das nicht als Flächenfraß.

Herr Sulimma fragt nach dem Lesumer Heuland. Es sei nicht ganz klar, inwieweit das Einverständnis des Eigentümers zur Nutzung als Ausgleichsfläche tatsächlich nicht auch durch eine mögliche Enteignung ersetzt werden könne.

Herr Dr. Kumpfer erläutert, dass in einer früheren Entwurfsfassung vorgesehen war, diese Flächen, die sich momentan in landwirtschaftlicher Nutzung befänden, als naturbelassene Fläche zu entwickeln. Im Beteiligungsverfahren habe es eine Vielzahl an Einwendungen dazu gegeben. Diesen sei dann gefolgt worden. In der Beschlussvorlage sei die Fläche als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Es sei aber unübersehbar, dass es dort Defizite gebe, insbesondere die weitgehend verbaute Ihle. Daneben gebe es Bestrebungen, eine bessere Zuwe-

gung herzustellen. Im Randbereich liege ein kleiner Teich. Dies seien Gebiete, die sich für Ausgleichsmaßnahmen ganz besonders eignen würden. Daher seien sie im Plan mit „AF“ markiert, also als Prüffläche für Ausgleichsmaßnahmen. Unabhängig davon sei das landwirtschaftliche Nutzfläche und solle es auch bleiben. In die Rechte der Eigentümer werde nicht eingegriffen. Der FNP biete dafür auch keine Grundlage.

Herr Imhoff befürchtet, dass diese Eintragung zu Wertverlusten der Flächen führen könnte, insbesondere als Sicherheitsleistungen bei Banken.

Herr Liess bittet um Erklärung des Unterschieds zwischen als Ausgleichsfläche vorgesehene Fläche und Prüfflächen für Ausgleichsmaßnahmen.

Herr Dr. Kumpfer erläutert, dass im früheren Flächennutzungsplan mit der sogenannten T-Linie die Ausgleichsflächen räumlich konkret definiert und bestimmten Vorhaben zugeordnet waren, was im Übrigen in der Regel zu einer Erhöhung der Grundstückspreise geführt habe. Es sei oft nicht möglich, diese Zuordnung in einer konkreten Planung umzusetzen. Daher sei man von der T-Linie komplett abgewichen. Die AF – Markierung bedeute, dass in diesem Bereich an bestimmten, noch zu identifizierenden Stellen Ausgleichsmaßnahmen grundsätzlich denkbar seien. Bei konkreten Planungen solle dann geprüft werden, ob Ausgleichsmaßnahmen in diesen markierten Bereichen umsetzbar seien.

Herr Blanke weist darauf hin, dass der Beirat Huchting in seiner Stellungnahme kritisiert habe, dass im Flächennutzungsplan die Hauptverkehrsstraßen in Huchting, die Kirchhuchtinger Landstraße, die Huchtinger Heerstraße und die Heinrich- Plett- Allee im LKW- Führungsnetz ausgewiesen seien. Insbesondere durch die Autobahnverbindung von der A1 zur B75 müsse der LKW-Verkehr von der A1 nicht mehr von der Abfahrt Stuhr über die Kirchhuchtinger Landstraße fahren, sondern er könnte auch über die Autobahn und die dafür ausgewiesene Bundesstraße fahren. Es sei lange über Wegeverbindungen nach Strom gesprochen worden und der Beirat sei sich mit dem Beirat Strom einig, dass andere Wegeverbindungen, gerade für Schulkinder, erforderlich seien. Dem sei im neuen Flächennutzungsplan nicht gefolgt worden.

Frau Köstner erklärt, dass die Interessen des Beirat Horn-Lehe mit der ergänzenden Deputationsvorlage aufgegriffen wurden.

Herr Frerichs kritisiert, dass bereits mit dem Dorferneuerungsplan und dem Ortsteilbericht mehrere teure Planungspapiere zur Entwicklung von Strom vorlägen. Davon sei kaum etwas umgesetzt worden. Jetzt solle noch ein Planungspapier erarbeitet werden. Er appelliert daran, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen und deren Vorstellungen aufzugreifen. Die Grünschräffur werde im Ortsteil sehr kritisch gesehen. Wenn sich dadurch nichts ändere, so sei unverständlich, warum dann diese Kennzeichnung erfolge. Seit ungefähr zwanzig Jahren wünschten sich die drei Beiräte eine Fahrradverbindung zwischen Strom und Huchting, die nicht umgesetzt werde. Dafür sei im Flächennutzungsplan nun wieder ein Fahrradweg eingezeichnet, inklusive Ochtumbrücke, den niemand haben wolle.

Herr Pohlmann berichtet, dass auf Anregung aus dem Ortsamtsbereich Horn-Lehe das städtische Seegrundstücks an der Marcusallee nicht als Wohnbaufläche, sondern als Grünfläche dargestellt werden solle. Dazu liege eine ergänzende Vorlage als Tischvorlage vor. Zur Kritik aus dem Beirat Osterholz stellt er klar, dass es ein Fehler der Großen Koalition gewesen sei, die Osterholzer Feldmark insgesamt als Fläche für den Wohnungsbau frei zu geben. Es war richtig, dies zurück zu nehmen. Aber es sei nicht nur seine Einzelmeinung, sondern auch die Meinung seiner Fraktion, wie in der Begründung zum Flächennutzungsplan ausgeführt, im Bereich nahe dem Haltepunkt und Umsteigebahnhof Mahndorf in infrastrukturell bevorzugter Lage nach wie vor Wohnflächen östlich und westlich des Ehlersdamm, Teilbereich Osterholzer Feldmark, darzustellen. Der Straßenbahnhaltbahnhof Bahnhof Mahndorf sei dort fertiggestellt worden, auch unter Einsatz von Bundesmitteln. Es sei richtig, dort gemeinsam mit der Ortspolitik, einen Prozess zu entwickeln. Dort habe man Entwicklungsbereiche, innerhalb von sechs Minuten sei man in der Innenstadt. Es sei absolut vernünftig, auch über solche Flächen nachzudenken. Das erwartete GEWOS- Gutachten sei auch dafür erforderlich, um die Diskussion fachlich weiter zu führen, wie viele Einwohnerinnen und Einwohner mehr man nach

Bremen bekommen werde. Auch aufgrund der demographischen Entwicklung seien Veränderungen nötig. Dafür brauche man auch Neubau, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Herr Imhoff erklärt, dass seine Fraktion der Ergänzung der Deputationsvorlage betreffend das städtische Seegrundstück und die Änderung der ursprünglich für Windkraftnutzung vorgesehenen Flächen im Bereich Arsten zustimmen werde, weil sie inhaltlich richtig und für die Menschen gut sei. Den Flächennutzungsplan insgesamt lehne seine Fraktion ab, weil er inhaltlich falsch sei und die falschen Schwerpunkte setze.

Herr Werner stellt fest, dass die Grünschraffung nicht Bauverhinderung sei, sondern sie sei die Anerkennung und die Akzeptanz von gewachsenem Grün in der Stadt. Die Grünschraffung liege im Flächennutzungsplan fast nur auf Flächen, die schon bebaut seien. Es gehe darum Stadt und Grün zusammen zu bringen. Zu Brokhuchting gebe es unterschiedliche Vorstellungen. Es laufe aber auch eine rechtliche Auseinandersetzung und deswegen sei der Bereich weiß gelassen worden. Es gehe auch um die Frage, ob Bremen wirklich so viele Einfamilienhäuser brauche. Hier sei das GEWOS- Gutachten abzuwarten. In Bremen würden durchaus Einfamilienhäuser gebaut, im Hulsbergviertel, in Oberneuland, auch in Woltmershausen oder in der Gartenstadt Werdersee. Für die Grünen sei klar, dass die Osterholzer Feldmark nicht als Flächenreservoir zur Verfügung stehe. Man habe in der Stadt andere große Flächen, die schon versiegelt seien wie das vordere Woltmershausen oder die Möglichkeit zu einer zweiten Ausbaustufe im Büropark Oberneuland. Es gebe noch eine Menge Flächen in der Stadt, über die man nachdenken sollte. Dieser FNP sei an keiner Stelle das Ende des Nachdenkens, sondern an vielen Stellen der Anfang des Nachdenkens und des Entwickelns.

Herr Gottschalk erinnert daran, dass die Koalition vor geraumer Zeit mitgeteilt habe, dass man nach sorgfältiger Prüfung mit Rücksicht auf die Sicherheitsschleife am Flughafen auf die Ausweisung einer Windkraftfläche in Arsten verzichten werde. Im Flächennutzungsplan sei die Fläche weiß belassen worden, weil noch eine Anfrage bei der Flugsicherheit gelaufen sei, die am 25. November endgültig beantwortet wurde. Es werde in diesem Bereich widersprochen, die Sicherheitsschleife zu beseitigen. Damit liege für das Gesamtverfahren eine klare Aussage zu Grunde, so dass man diese Weißfläche nun wegnehmen könne. Dies werde das erste Planänderungsverfahren sein.

Herr Senator Dr. Lohse stellt die Ergänzungen zur Abstimmung:

1. *Die Darstellung der Fläche zwischen Marcusalle, Deliusweg und am See im Flächennutzungsplan wird von Wohnbaufläche in Grünfläche, Zweckbestimmung Parkanlage geändert.*

Diese Änderung ist bereits in der ausliegenden Karte (Stand 4.12.2014) eingearbeitet.

2. *Die Stellungnahme der DFS legt nahe, dass die Flächen in Arsten südlich der BAB A1 als Vorrangfläche für die Windkraftnutzung nicht geeignet sind. Die Deputation empfiehlt aus den vorgenannten Gründen, für den bisher von der Darstellung der Windkraftvorrangflächen ausgenommenen Bereich des Planentwurfs das erforderliche Verfahren zur Planänderung einzuleiten, mit dem Ziel des Ausschlusses der betreffenden Flächen von der Windkraftnutzung.*

- **Beide Änderungen werden einstimmig angenommen.**

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Flächennutzungsplanentwurfs Bremen (Bearbeitungsstand: 06.11.2014) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 06.11.2014).
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, ihr die begonnenen Änderungsplanverfahren, deren Planaufstellungen infolge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes Bremen nicht mehr erforderlich sind, zur Beschlussfassung über deren Einstellung vorzulegen.

Zustimmung gegen die Stimmen der CDU und der LINKEN

| | | |
|--------------|---|-------------------|
| TOP 4 | Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 94 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Betriebskindertagesstätte zwischen Im Holter Feld und Vahrer Feldweg in Bremen-Sebaldsbrück - Planaufstellung - Öffentliche Auslegung -FB 01- | Vorlage 18/467 |
|--------------|---|-------------------|

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 94 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Betriebskindertagesstätte zwischen Im Holter Feld und Vahrer Feldweg in Bremen-Sebaldsbrück nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 94 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Betriebskindertagesstätte zwischen Im Holter Feld und Vahrer Feldweg in Bremen-Sebaldsbrück (Bearbeitungsstand: 12.11.2014) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 94 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung einer Betriebskindertagesstätte zwischen Im Holter Feld und Vahrer Feldweg in Bremen-Sebaldsbrück (Bearbeitungsstand: 12.11.2014) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

| | | |
|--------------|--|-------------------|
| TOP 5 | <p>Bebauungsplan 2462 für ein Gebiet in Bremen Walle zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Holtenuer Straße (rückwärtig), - Holsteiner Straße, - Theodorstraße und - Vollmerstraße (rückwärtig) <ul style="list-style-type: none"> • Planaufstellungsbeschluss • Öffentliche Auslegung -FB 01- | Vorlage 18/468 |
|--------------|--|-------------------|

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbe-
reich des öffentlich auszulegenden Planentwurfes ein Bebau-
ungsplan im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB
aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2462
für ein Gebiet in Bremen Walle zwischen Holtenuer Straße
(rückwärtig), Holsteiner Straße, Theodorstraße und Vollmer-
straße (rückwärtig) (Bearbeitungsstand: 06.11.2014) ein-
schließlich Begründung zu.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Be-
bauungsplans 2462 für ein Gebiet in Bremen Walle zwischen
Holtenuer Straße (rückwärtig), Holsteiner Straße, Theodor-
straße und Vollmerstraße (rückwärtig) (Bearbeitungsstand:
06.11.2014) einschließlich Begründung nach § 3 Abs. 2
BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

| | | |
|--------------|---|-------------------|
| TOP 6 | <p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 101 (mit Vorhabenplan 101) zum Vorhaben „Wohnbebauung Kleine Breite“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf dem Grundstück Friedrich-Lürssen-Straße 32 - sowie dem Flurstück 215/10 der Flur VR 171 <p>(Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, Bericht der Deputation)</p> <p>-BBN-</p> | Vorlage 18/469 |
|--------------|---|-------------------|

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von
einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezoge-
nen Bebauungsplanes 101 (mit Vorhaben-plan 101) für ein
Gebiet in Bremen-Vegesack an der Friedrich-Lürssen-Straße
32 sowie dem Flurstück 215/10 der Flur VR 171 zum Vorha-
ben „Wohnbebauung Kleine Breite“ (Bearbeitungsstand:
31.10.2014) abgesehen wird.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 101 (mit Vorhabenplan 101) für ein Gebiet in Bremen-Vegesack an der Friedrich-Lürssen-Straße 32 sowie dem Flurstück 215/10 der Flur VR 171 zum Vorhaben „Wohnbebauung Kleine Breite“ und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um Weiterleitung an den Senat und die Stadtbremische Bürgerschaft (Bearbeitungsstand: 31.10.2014).

Einstimmig

| | | |
|-------|---|-------------------|
| TOP 7 | STRASSEN BENENNUNG Grete-Henry-Straße u.a. -ASV- | Vorlage 18/454 |
|-------|---|-------------------|

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorschläge zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

| | | | |
|-------|--|-------------------|-----|
| TOP 8 | Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 Umwelt, Bau und Verkehr Stand 30.09.2014) -1- | Vorlage 18/459 | L/S |
|-------|--|-------------------|-----|

Siehe Protokoll der 38. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 4.12.2014.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt Kenntnis.

| | | | |
|-------|---|-------------------|-----|
| TOP 9 | Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen, Verfahrensvorschlag der Senatorin für Finanzen -1- | Vorlage 18/473 | L/S |
|-------|---|-------------------|-----|

Siehe Protokoll der 38. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 4.12.2014.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Ermächtigung des Ressorts gemäß dem Verfahrensvorschlag zur Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen zu.

| | | |
|--------|--|-------------------|
| TOP 10 | Aktualisierung der a) Richtlinie zur Durchführung des „Freiwilligen Ökologischen Jahres“ (FÖJ) im Land Bremen und der b) Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des „Freiwilligen Ökologischen Jahres“ (FÖJ) im Land Bremen - 20 - | Vorlage 18/455 |
|--------|--|-------------------|

Siehe Protokoll der 38. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 4.12.2014.

| | | |
|--------|--|-------------------|
| TOP 11 | Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2014 des Sondervermögens kommunale Abfallwirtschaft (SVAbfall) -232- | Vorlage 18/462 |
|--------|--|-------------------|

Frau Kamp berichtet, dass die Zustimmung des Rechnungshofes zur Bestellung inzwischen vorliege.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Bestellung der Fides Treuhand GmbH & Co. KG, Bremen, zur Prüferin des Jahresabschlusses 2014 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall) zu.

Einstimmig

| | | |
|--------|--|-------------------|
| TOP 12 | Standortuntersuchung Fernbusterminal -5- | Vorlage 18/460 |
|--------|--|-------------------|

Frau Brinkmann erläutert anhand einer Präsentation die Vorlage und das Gutachten.

Herr Saxe stellt fest, dass die Abfrage bei den Betreibern und den Nutzern eines Fernbusterminals wichtig war. Diese hätten sich eindeutig für eine Variante ausgesprochen. Die Kapazität am alten Standort sei längst erreicht, so dass es wichtig sei, zügig zu einer Entscheidung und Umsetzung zu kommen. Interessant sei der erwähnte städtebauliche Impuls, der daraus für die gesamte Bahnhofsvorstadt hervorgehen könne. Man sollte sich bei der Planung den gesamten Bereich anschauen, auch beispielsweise die Rasenfläche vor dem Überseemuseum. Wenn man die prognostizierten Steigerungszahlen betrachte, bleibe nichts anderes übrig, als das Verfahren nach allen Geboten der Wirtschaftlichkeit schnell voran zu treiben.

Herr Strohmann begrüßt zwar, dass nun ein Gutachten vorliege. Aber diese Ergebnisse würden mehrere Jahre zu spät kommen. Es sei lange vorher bekannt gewesen, dass die Liberalisierung zum 1. Januar 2013 kommen sollte. Seit der Liberalisierung habe sich der Busverkehr verdoppelt, ohne dass darauf reagiert worden sei. Es sei dringend erforderlich, dass sich nun schnellstmöglich etwas tue.

Herr Pohlmann erinnert, dass die Debatte über den zentralen Omnibusbahnhof bestimmt schon seit zwanzig Jahren geführt werde. Nun seien die Fahrgäste und Betreiber befragt worden, darunter viele ältere Menschen. Die immer wieder geäußerte, berechtigte Kritik sei aufgegriffen und untersucht worden. Die Beschlussempfehlung sei richtig, im nahegelegenen Areal des alten Güterbahnhofs zu schauen. Dies solle nicht als Konkurrenz zu den vorhandenen etablierten Künstlerbereichen stattfinden, sondern diese sollten dort auch weiterhin ihren Standort haben. Insgesamt werde dies eine wichtige strukturpolitische Entscheidung sein.

Herr Arndt stimmt zu, dass die Angelegenheit jetzt auf eine vernünftige Art und Weise angepackt worden sei. Es sei wichtig und richtig, dies mit Betreibern und Fahrgästen zu entwickeln und es sei gut, ganz besonders auch unter den stadtentwicklungspolitischen Maßstäben, die daraus folgen könnten, diesen Platz dort zu wählen.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt das Ergebnis der Standortuntersuchung Fernbusterminal zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, auf der Basis der Standortuntersuchung Fernbusterminal zu prüfen, inwieweit der Standort ehemaliger Güterbahnhof unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten realisiert werden kann.*

3. Sollte eine wirtschaftlich vertretbare Lösung am Standort ehemaliger Güterbahnhof nicht möglich sein, ist die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) über das weitere Vorgehen zu informieren.
4. Nach Abschluss des Standortkonzeptes und Fertigstellung des Betreibermodells wird der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) Bericht erstattet.

Einstimmig

| | | |
|---------------|--|------------------|
| TOP 13 | Konzept „Bremen Innenstadt 2025“ - Schnoorkonzept – -7- | Volage 18/465 |
|---------------|--|------------------|

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kenntnis und stimmt der Umsetzung zu.

Einstimmig

| | | |
|-----------------|---|--------------------|
| TOP 14 | Berichte der Verwaltung | |
| TOP 14a) | Verteilung des Erlöses der Bürgerpark-Tombola 2015 -3- | BdV schriftlich |

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

| | | |
|-----------------|---|--------------------|
| TOP 14b) | Bremen blüht auf - Obstbäume auch auf öffentlichen Flächen -300- | BdV schriftlich |
|-----------------|---|--------------------|

Herr Imhoff stellt fest, dass wie von ihm befürchtet, die Bäume nicht alle gepflegt und beschnitten werden, sondern nur vereinzelt auf freiwillige Initiativen zurückgegriffen werde. Es müsste zukünftig sicher gestellt werden, dass derjenige, der solche Bäume anpflanze, sie auch pflegen müsse.

Frau Dr. Schaefer begrüßt die schnelle Umsetzung des Antrags. Die Pflege sei generell bei allen Bäumen ein Problem. Trotzdem finde ihre Fraktion es gut, dass diese Bäume angepflanzt worden seien.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

| | | |
|-----------------|---|--------------------|
| TOP 14c) | Stromversorgung in Kleingartengebieten -300, 21- | BdV schriftlich |
|-----------------|---|--------------------|

Herr Gottschalk stellt fest, dass aus städtischer Sicht die Stromversorgung in den Kleingartengebieten eine ganz wichtige Aufgabe und Voraussetzung für die Attraktivität dieser Gebiete sei. Es sei richtig, die Bemühungen um eine einvernehmliche Regelung zu unterstützen.

Frau Dr. Schaefer ergänzt, wenn man Kleingartengebiete gerade auch für jüngere Leute attraktiv machen wolle, dann sei die Wasser- und Stromversorgung auch für eine kleingärtnerische Nutzung angebracht.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

| | | |
|-----------------|--|--------------------|
| TOP 14d) | Sachstandsbericht zur Auslastung von Parkflächen/-häusern - 5- | BdV schriftlich |
|-----------------|--|--------------------|

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

| | | |
|---------------|----------------------|--|
| TOP 15 | Verschiedenes | |
|---------------|----------------------|--|

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

| | | |
|---|--|---|
| Verkehrliche Entwicklung Horn in Zusammenhang mit der Entwicklung des Mühlenviertels | Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Pohlmann zu einer der nächsten Sitzungen Fragen werden schriftlich nachgereicht. | Vorlage geplant am 05.02.2015 |
| Errichtung von Fahrradständern | Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saffe zur einer der nächsten Sitzungen Fragen liegen schriftlich vor. | Vorlage geplant am 05.02.2015 |
| Sachstandsbericht zu den Planungen am Bahnhof Blumenthal | Berichtswunsch von Frau Neumeyer zu einer der nächsten Sitzungen | (nach Abschluss der Gespräche mit S) evtl. am 8.1. mündlich |

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 39. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll